

MERKBLATT ANTRAGSAUFRUF

ZUR MAßNAHME

EXISTENZGRÜNDUNGSBEIHILFE JUNGLANDWIRTE

Änderungen zum Antragsaufruf und Merkblatt vom 24.8.18 sind markiert



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

ELER

Europäischer Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des ländlichen Raums

HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE LÄNDLICHEN GEBIETE.

www.europa.sachsen-anhalt.de

Magdeburg, 16.10.2018

1. Antragsaufruf Existenzgründungsbeihilfe Junglandwirte

Mit der Richtlinie über die Gewährung von Existenzgründungsbeihilfen für Junglandwirte (Richtlinie Junglandwirteförderung) wird die Teilmaßnahme M 06.0001 „Existenzgründungsbeihilfe Junglandwirte“ des EPLR des Landes Sachsen-Anhalt umgesetzt.

Mit der Förderung soll Junglandwirten die Ersteniederlassung und die erstmalige Aufnahme einer selbstständigen, eigenverantwortlichen landwirtschaftlichen Tätigkeit erleichtert werden. Ziel ist es, nachhaltige Unternehmensgründungen zu fördern, die sich in der Region etablieren.

Das Auswahlverfahren findet am ~~10.10~~29.11.2018 statt. Anträge, die bis zu diesem Zeitpunkt vollständig und förderfähig sind, werden in die Auswahl der zu fördernden Anträge einbezogen. Anträge, bei denen bis zu diesem Stichtag keine Entscheidung über die Förderfähigkeit getroffen werden konnte, können in diesem Auswahlverfahren nicht für eine Förderung berücksichtigt werden.

Als Förderbudget für die auszuwählenden Anträge sind ~~800~~700.000,00 Euro vorgesehen. Die Förderung erfolgt aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt unter finanzieller Beteiligung des Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Für 2018 wird es keinen weiteren Auswahlstichtag geben. ~~Zu diesem neuen Stichtag wird dieser Antragsaufruf aktualisiert.~~

Magdeburg, den **24.8.16.10.2018**

Merkblatt zur Junglandwirteförderung

1. Allgemeine Hinweise

- 1.1. Die Förderung wird im Rahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum (EPLR) des Landes Sachsen-Anhalt auf der Grundlage der „Richtlinie über die Gewährung von Existenzgründungsbeihilfen für Junglandwirte“ in der jeweils geltenden Fassung gewährt.
- 1.2. Dieses Merkblatt enthält ergänzende und erläuternde Hinweise zur o. g. Richtlinie. Die Regelungen dieser Richtlinie, des jeweiligen Zuwendungsbescheides und seiner Anlagen sind zu beachten.
- 1.3. Es sind die vorgeschriebenen einheitlichen Antragsformulare zu verwenden.
- 1.4. Ein Antrag auf Förderung nach der o. g. Richtlinie ist nur gültig in Verbindung mit dem vollständig ausgefüllten Formular „Stammdatenbogen für Beihilfen, Prämien und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL bzw. ELER finanziert oder mit dem Zahlstellenverfahren durchgeführt werden, Bundesland Sachsen - Anhalt“. Die Richtlinie, das Formblatt für den Antrag sowie weitere Unterlagen und Informationen werden im Internet unter www.elaisa.sachsen-anhalt.de bereitgestellt.
- 1.5. Anträge sind bei der Bewilligungsbehörde, dem Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten, einzureichen, in dessen Zuständigkeitsbereich sich der Betriebsitz des Unternehmens befindet.

Die Zuständigkeitsbereiche der vier Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten sind regional nach Landkreisen abgegrenzt:

- **ALFF Altmark:** Landkreise Stendal, Jerichower Land, Altmarkkreis Salzwedel,
- **ALFF Anhalt:** kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg,
- **ALFF Mitte:** Landkreise Börde, Harz, Salzlandkreis, Stadt Magdeburg
- **ALFF Süd:** Landkreis Mansfeld-Südharz, Saalekreis, Burgenlandkreis, Stadt Halle.

Die Adressen der Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten finden Sie im Internet unter <http://www.alff.sachsen-anhalt.de/>.

- 1.6. Die Verwaltungsbehörde „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (VB ELER) im Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt,
Editharing 40,
39108 Magdeburg
Email: ELER-VB.MF@Sachsen-Anhalt.de

gibt zum EPLR, unter dem die Maßnahme von der Europäischen Union mitfinanziert wird, und zu Bewertungen auf EPLR-Ebene Auskunft. Die VB ELER informiert auf Nachfrage auch zu anderen Kontaktstellen auf nationaler Ebene und ist zudem Beschwerdestelle gemäß Artikel 74 Absatz 3 der VO (EU) Nr. 1303/2013.

2. Wer wird gefördert, wer ist von der Förderung ausgeschlossen?

- 2.1. Die Unternehmen müssen zum Zeitpunkt der Antragstellung im Sinne des Anhangs I der VO (EU) Nr. 702/2014 der Kommission Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen sein. Kleine Unternehmen sind Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 10 Mio. EUR nicht übersteigt. Kleinstunternehmen beschäftigen weniger als 10 Personen und der Jahresumsatz bzw. die Jahresbilanz überschreitet 2 Mio. EUR nicht.
- 2.2. Es werden nur Unternehmen gefördert, deren Jahresumsatz 10 Mio. EUR nicht übersteigt.
- 2.3. Ein Förderausschluss wird erst dann wirksam, wenn es in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren zu einer Überschreitung kommt. Bei Partnerunternehmen und verbundenen Unternehmen sind konsolidierte Jahresabschlüsse für eine Wertung heranzuziehen.
- 2.4. Aktiengesellschaften werden nicht gefördert.
- 2.5. Unternehmen in Schwierigkeiten werden nicht gefördert.
- 2.6. Natürliche Personen, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist, sind von der Förderung ausgeschlossen.
- 2.7. Betriebsnachfolgen, die allein mit dem Ziel erfolgen, künstlich Beihilfевoraussetzungen gemäß Artikel 60 der Verordnung (EU) 1306/2013 zu schaffen, werden nicht gefördert. Dies ist zum Beispiel beim Tausch von Betriebsleiter- und Angestelltenverhältnis zwischen Ehepartnern oder Geschwistern zu prüfen. Ein Ziel der Maßnahme ist die Flankierung des Generationswechsels.

3. Was ist eine selbständige landwirtschaftliche Tätigkeit und nachhaltige Unternehmensgründung?

- 3.1. Ziel der Förderung ist die Unterstützung bei der Aufnahme einer selbständigen landwirtschaftlichen Tätigkeit.
- 3.2. Allein das Eigentum an landwirtschaftlichen Grundstücken sowie die Anmeldung eines landwirtschaftlichen Betriebs sind nicht ausreichend. Entscheidend ist die Ausübung einer selbstständigen unternehmerischen Tätigkeit, die auf die Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebs ausgerichtet ist und zudem eine Existenzgrundlage des Landwirts bildet.
- 3.3. Gefördert werden nachhaltige Unternehmensgründungen. Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen sind unter anderem durch eine spezifisch betriebliche Organisation sowie einen geeigneten Betriebszuschnitt gekennzeichnet. Es muss sich um ein auf Dauer lebensfähiges Unternehmen handeln. Diese Einschätzung ergibt sich aus der Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls. Zu den grundsätzlichen Merkmalen für die Bestimmung der Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebs, zählen als wesentliche Voraussetzungen die Möglichkeit und Absicht der Gewinnerzielung. Andere zu berücksichtigende Tatbestände sind die Größe der landwirtschaftlichen Nutzflächen, der Bestand an Tieren und Maschinen sowie die Betriebsform und Betriebsorganisation.
- 3.4. Existenzgründungsbeihilfe soll den Landwirten zugutekommen, die ein Unternehmen selbst bewirtschaften und deren Existenz sich auf die Landwirtschaft gründet.

Daneben können auch Nebenerwerbslandwirte gefördert werden. Die Förderung erfolgt anteilig entsprechend der eingesetzten Arbeitskraft (siehe 5.2).

4. Wer ist Junglandwirt? Was ist eine erstmalige Niederlassung?

- 4.1. Als Junglandwirt gelten natürliche Personen, die sich erstmals in einem landwirtschaftlichen Betrieb als Betriebsleiter niederlassen und die im Jahr der Beantragung nicht älter als 40 Jahre sind.
- 4.2. „Nicht älter als 40 Jahre“ bedeutet, dass der Junglandwirt den Antrag bis zu dem Tag vor seinem 41. Geburtstag einreichen muss. Der Zeitpunkt der Antragstellung ist entscheidend, nicht der Erhalt der Zahlungen.
- 4.3. Die Gewährung der Existenzgründungsbeihilfe für Junglandwirte ist nicht an den Bezug der Junglandwirteprämie im Rahmen der Betriebsprämie (Direktzahlungen) geknüpft, sondern an das Vorliegen der Junglandwirteeigenschaft.
- 4.4. Eine erstmalige Niederlassung liegt vor, wenn der Antragsteller erstmals eine landwirtschaftliche Tätigkeit auf eigene Rechnung und in eigenem Namen als Einzelperson ausübt oder erstmals die wirksame Kontrolle einer juristischen Person oder Personenvereinigung innehat, die eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Als Nachweise können Bescheinigungen der Alterskasse, der Berufsgenossenschaft, Kauf- und Pachtverträge, Gesellschafterverträge und Registerauszüge herangezogen werden.
- 4.5. Im Rahmen der Existenzgründungsbeihilfe für Junglandwirte wird die wirksame Kontrolle im Sinne einer alleinigen bzw. stimmenmehrheitlichen Verfügungsgewalt über den jeweiligen landwirtschaftlichen Betrieb - gleich in welcher Rechtsform - in der Person des Junglandwirtes verstanden. Fördervoraussetzung ist demnach die eigenverantwortliche, aktive Steuerung aller operativen Prozesse. Eine bloß passive Kontrolle mittels Vetorechten in den jeweiligen Organen und/oder Gremien genügt nicht.
- 4.6. Handelt es sich bei Antrag stellenden Unternehmen daher nicht um eine natürliche Person, sondern um eine juristische Person oder um eine Vereinigung natürlicher Personen, so kann dieses Unternehmen grundsätzlich auch Zahlungen für Junglandwirte erhalten, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 - Zum Zeitpunkt der Antragstellung darf der betreffende Junglandwirt nicht älter als 40 Jahre alt sein.
 - Der betreffende Junglandwirt beherrscht das Unternehmen als Betriebsleiter wirksam und langfristig im Sinne von Ziffer 4.5. Sind am Kapital oder der Betriebsführung mehrere natürliche Personen beteiligt, so muss der Junglandwirt in der Lage sein, die wirksame und langfristige Unternehmenssteuerung allein auszuüben. Er muss Entscheidungen, insbesondere zur Betriebsführung, Gewinnverwendung und finanziellen Risiken, auch ohne Zustimmung der Anderen am Kapital oder der Betriebsführung Beteiligten durchsetzen können. Dies ist bei der Mehrheit der Geschäftsanteile und Stimmrechte anzunehmen. Darüber hinaus darf der Gesellschaftsvertrag keine Regelungen enthalten, die eine alleinige bzw. stimmenmehrheitliche wirksame Unternehmenssteuerung des betreffenden Junglandwirts aushebeln.

- Die Entscheidungen zur Betriebsführung trifft in der Regel die Geschäftsführung, sodass unabhängig von der Rechtsform der betreffende Junglandwirt immer Geschäftsführer sein muss.
- Je nach Rechtsform ist die Vertragsfreiheit unterschiedlich ausgestaltet. Daher muss in jedem Einzelfall durch Vorlage geeigneter Belege nachgewiesen werden, dass der betreffende Junglandwirt die Kontrolle im vorgenannten Sinne ausübt.

5. Was muss der Geschäftsplan enthalten?

- 5.1. Der Geschäftsplan muss die Ausgangssituation des landwirtschaftlichen Betriebes, Zwischen- und Endziele im Hinblick auf die Entwicklung der Tätigkeiten des landwirtschaftlichen Betriebs und Einzelheiten zu Maßnahmen, einschließlich Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz enthalten, die für die Entwicklung der Tätigkeiten des landwirtschaftlichen Betriebs erforderlich sind.
- 5.2. Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz können beispielsweise Investitionen sein, die diesen Anforderungen entsprechen. Denkbar sind weiterhin Ausbildungsmaßnahmen, die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten, Maßnahmen im Bereich der Bodennutzung, Bodenschutz, Wassermanagement, Energiemanagement, Pflanzenschutzmanagement, Agrobiodiversität.
- 5.3. Mit der Umsetzung des Geschäftsplanes ist mit Bestandskraft der Bewilligung, spätestens jedoch neun Monate nach der Bewilligung zu beginnen. Der Beginn ist der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.
- 5.4. Der Geschäftsplan gibt einen allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des Betriebes nach der Niederlassung des Junglandwirtes vor.

6. Welche Voraussetzungen und besonderen Verpflichtungen gelten für die zu fördernden Vorhaben?

- 6.1. Der Hauptwohnsitz und Unternehmenssitz müssen in Sachsen-Anhalt liegen.
- 6.2. Liegen die erforderlichen Qualifikationsanforderungen zum Zeitpunkt der Bewilligung durch den Zuwendungsempfänger noch nicht vor, sind diese innerhalb von 36 Monaten ab dem Zeitpunkt der Bewilligung nachzuweisen. Daraus folgt, dass die Ausbildung bereits begonnen sein muss.
- 6.3. Für die Gewährung von Existenzgründungsbeihilfe Junglandwirte sind Ober- und Untergrenzen gemessen am Standardoutput festgelegt. Der Standardoutput im landwirtschaftlichen Betrieb beschreibt seine betriebswirtschaftliche Größe und muss mehr als 25.000 Euro und weniger als 500.000 Euro pro Jahr betragen. Für die Berechnung des Standardoutputs ist ein entsprechender Rechner unter www.elaisa.sachsen-anhalt.de eingestellt.
- 6.4. Rechtliche und tatsächliche Voraussetzungen für die unmittelbare Umsetzung des Geschäftsplanes müssen zum Zeitpunkt der Antragstellung, spätestens zur Bewilligung, vorliegen.
- 6.5. Während des Durchführungszeitraumes ist die Bewirtschaftung des Unternehmens sicher zu stellen. Der Durchführungszeitraum beginnt mit Umsetzung des Geschäftsplanes und umfasst einen Zeitraum von fünf Jahren.

7. Wie wird gefördert?

- 7.1. Es wird eine nicht rückzahlbare Festbetragsfinanzierung gewährt.
- 7.2. Der Zuschuss beträgt maximal 70 000 Euro je Junglandwirt und wird für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren unter Berücksichtigung von einer Arbeitskrafteinheit in nachfolgender Höhe gewährt
- | | |
|--|--------------|
| für das erste und zweite Jahr insgesamt | 35 000 Euro, |
| für das dritte und vierte Jahr insgesamt | 21 000 Euro, |
| für das fünfte Jahr | 14 000 Euro. |
- Der Zuschuss wird bei einem geringeren Arbeitskräftebedarf entsprechend dem gleichen Vomhundertsatz anteilig gewährt.

8. Wie werden die zu fördernden Anträge ausgewählt?

- 8.1. Eine fortlaufende Antragsannahme der Bewilligungsbehörden ist zugelassen.
- 8.2. Detailliertere Informationen zu den Auswahlkriterien finden Sie unter <https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/informationen-fuer-antragsteller-beguenstigte/antragsstellung-und-antragsauswahl/> .
- 8.3. Die Bewilligungsbehörde bewertet die Anträge anhand der festgelegten Auswahlkriterien. Alle erforderlichen Nachweise sind zur Antragstellung bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen, damit diese bei der Punktevergabe berücksichtigt werden können.
- 8.4. Die Anträge müssen einen Schwellenwert von 500 Punkten erreichen. Anträge, die diesen Schwellenwert nicht erreichen, werden abgelehnt.
- 8.5. Am Auswahlstichtag wird über alle in den ÄLFF vollständig vorliegenden zuwendungsfähigen Anträge eine Rangfolge der Bewilligung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel festgelegt. Die Gesamtpunktzahl eines Antrages entscheidet über die Rangfolge.
- 8.6. Bei Punktegleichstand werden zuerst Projekte der Imkerei und Wanderschäfferei ausgewählt. Besteht der Punktegleichstand fort, entscheidet der höhere prozentuale Grünlandanteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Unternehmens. Grundlage für die Ermittlung ist der aktuelle Betriebsprämienantrag zum Zeitpunkt der Antragstellung.
- 8.7. Anträge, die im Rahmen des für den Aufruf zugewiesenen Finanzmittelbudgets nicht bewilligt werden konnten, werden auf eine Warteliste gesetzt. Die Anträge der Warteliste nehmen gleichberechtigt am nächsten Auswahlverfahren teil. Voraussetzung ist, dass die Fördervoraussetzungen, die Auswahlkriterien und der Schwellenwert des vorherigen Aufrufes unverändert gelten.

9. Wonach werden die zu fördernden Anträge ausgewählt?

Auswahlkriterium	Punktzahl
Anteil Dauergrünland ^(*)	300
Unternehmenssitz in Gebiet mit schwacher Bevölkerungsentwicklung	200
Ausrichtung der Produktion 200 Punkte Schweinehaltung, 400 Punkte Rinderhaltung, 500 Punkte Schaf- und Ziegenhaltung, 600 Punkte Wanderschäfferei, 600 Punkte Imkerei, 300 Punkte sonstige Tierhaltung oder 600 Punkte Gartenbau/Weinbau/Dauerkulturen	200-600
Freilandhaltung	100
Diversifizierungen im Unternehmen	500
Ökobetriebe	600
Unternehmen ist Haupterwerbsunternehmen	500

* Bei diesem Kriterium erfolgt eine anteilige Berücksichtigung je nach Anteil an der Betriebsfläche

9.1. Haupterwerbsunternehmen sind Unternehmen mit mehr als 50.000 Euro Standardoutput und mindestens einer kalkulatorischen, normativ ermittelten Arbeitskraft.

Beteiligte Unternehmen sind bei der Berechnung der Obergrenze des Standardoutputs mit zu berücksichtigen. Diese Regelung dient der Vorbeugung von Umgehungstatbeständen. Daher ist bei Beteiligungen von landwirtschaftlichen Unternehmen am zu fördernden Unternehmen bzw. Beteiligungen vom zu fördernden Unternehmen an anderen landwirtschaftlichen Unternehmen zu prüfen, ob die bestehende Obergrenze überschritten wird. Die Anrechnung erfolgt entsprechend der Anteile der Beteiligung.

Bei der Erfüllung der erforderlichen Mindestgrenze des Standardoutputs sind Beteiligungen nicht zu berücksichtigen.

Es ist nur auf Beteiligungen an oder von landwirtschaftlichen Betrieben abzustellen. Andere Beteiligungen bleiben hier unberücksichtigt.

9.2. Beim „Unternehmenssitz in Gebiet mit schwacher Bevölkerungsentwicklung“ ist die Grundlage der Entscheidung die Entwicklung der Bevölkerung nach der Regionalisierten Bevölkerungsprognose. Derzeit liegt die 6. Regionalisierte Bevölkerungsprognose vor. Die 6. Regionalisierte Bevölkerungsprognose (6. RBP) wurde vom Statistischen Landesamt im Auftrag des Ministeriums für Landesentwicklung und

Verkehr und nach Ressortabstimmung im Interministeriellen Arbeitskreis Raumordnung, Landesentwicklung und Finanzen (IMA ROLF) berechnet.

- 9.3. Die Punktevergabe bei der Ausrichtung des Unternehmens erfolgt unter Berücksichtigung der Produktionsrichtung, die einen nicht unwesentlichen Anteil an den Umsatzerlösen einnimmt. Dieser ist bei 25 % der Umsatzerlöse anzunehmen. In dieser Kategorie können nur einmal Punkte vergeben werden.

10. Publizitätspflichten

- 10.1. Zuwendungsempfänger sind verpflichtet die Informations- und Kommunikationsmaßnahmen zu erfüllen.
- 10.2. Der „Leitfaden für Begünstigte von Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie aus der Gemeinschaftsaufgabe des Bundes „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist Bestandteil des Zuwendungsbescheides. Der Leitfaden und die darin enthaltenen Vorlagen können unter <https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/informationen-fuer-antragsteller-beguenstigte/informations-kommunikationspflichten/> heruntergeladen werden.
- 10.3. Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, bei Vorhandensein einer Website das geförderte Vorhaben auf der Website zu beschreiben. Eine solche Verpflichtung besteht, sofern die Website nicht ausschließlich für private oder familiäre Zwecke genutzt wird.
- 10.4. Zuwendungsempfänger sind verpflichtet während der Durchführung des Vorhabens an einem für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Ort, beispielsweise am Eingangsbereich eines Gebäudes ein Poster (Mindestgröße A3) oder eine Erläuterungstafel anzubringen bzw. aufzustellen. Das Poster oder die Erläuterungstafel informiert über das Vorhaben und über die finanzielle Unterstützung der Union.
- 10.5. Nähere Angaben zur Gestaltung können Sie dem oben genannten Leitfaden entnehmen.

11. Maßnahmen zur Transparenz

- 11.1. Aufgrund der bestehenden beihilferechtlichen Regelungen müssen Beihilfen von mehr als 60.000 Euro für in der landwirtschaftlichen Primärproduktion oder im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten (Anhang I AEUV) tätige Empfänger neben der Beschreibung der Beihilferegulung veröffentlicht werden.

12. Was ist beim Zahlungsantrag zu beachten?

- 12.1. Der erste Auszahlungsantrag für das erste und zweite Jahr ist nach Bestandskraft des Zuwendungsbescheides und mit Anzeige des Beginns der Umsetzung des Geschäftsplanes einzureichen.
- 12.2. Die Zahlung für das dritte und vierte Jahr erfolgt nach Vorlage des zweiten Auszahlungsantrages. Dies kann frühestens nach dem ersten Jahr der Umsetzung des Geschäftsplanes erfolgen. Der Auszahlungsantrag ist mit dem Nachweis der Aufnahme der wirtschaftlichen Aktivität durch Buchführungsabschlüsse des ersten oder zweiten Jahres zu verbinden.

- 12.3. Voraussetzung für die Schlusszahlung ist die Vorlage eines ausführlichen Sachberichtes zur Umsetzung des Geschäftsplanes zum Schlusszahlungsantrag. In diesem Bericht ist die Umsetzung der im Geschäftsplan genannten Ziele darzustellen, insbesondere die Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz, die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens und die Entwicklung der Produktionsgrundlagen.
- 12.4. Auszahlungen nach 12.2 und 12.3 sind von der ordnungsgemäßen Umsetzung des Geschäftsplanes abhängig.
- 12.5. Juristische Personen und Personenvereinigungen haben den Nachweis der wirksamen Kontrolle des Junglandwirtes über den Durchführungszeitraum zu führen.
- 12.6. Auszahlungen können nur innerhalb des Bewilligungszeitraumes erfolgen.

13. Wie ist der Verwendungsnachweis zu führen?

- 13.1. Der Nachweis der Verwendung der Mittel erfolgt anhand von Buchführungsabschlüssen und Darstellung der Entwicklung des Unternehmens, insbesondere der Entwicklung der Produktionsfaktoren und Naturalerträge.

14. Sonstige Informationen

- 14.1. Die Maßnahme ist mit anderen Maßnahmen kombinierbar. Eine Doppelförderung ist jedoch auszuschließen.

HERAUSGEBER :

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

ELER

Europäischer Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des ländlichen Raums

**HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE LÄNDLICHEN GEBIETE.**

www.europa.sachsen-anhalt.de